

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

**Annahme-Büros.**  
In Bösen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wihelmsstr. 17)  
bei C. L. Ulrich & Co.  
Brettschne 14,  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Meißen bei Ph. Matthes.

**Annahme-Büros.**  
In Berlin, Dresden,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien,  
bei S. L. Danck & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Moos.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 383.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt viertjährlich für die Stadt Bösen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Sonntagnachmittag, 3. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgestanzte Postzelle oder deren Raum, Metallmen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

**Amtliches.**

Berlin, 2. Juni. Der König hat den nachbenannten Personen die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen fremdländischen Ordens-Insignien ertheilt und zwar: des Großherzlich türkischen Osmanie-Ordens zweiter Klasse und des Großkreuzes des Ordens der königlich italienischen Krone: dem Regierungsrath Wetendorff, mit Urlaub in den türkischen Staatsdienst eingetreten und dort als Unterstaatssekretär des Finanz-Ministeriums fungirend; des Kommandeurkreuzes des Ordens der königlich rumänischen Krone: dem außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität zu Berlin, Dr. Lucas, und dem Bildhauer Cauer zu Rom; des Ritterkreuzes desselben Ordens: dem Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Bukarest, Ratho; des königlich serbischen Tafovo-Ordens dritter Klasse: dem Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Orth, Eisten Brunnen- und Badearzt in Ems, und der fünften Klasse desselben Ordens: dem Musikdirektor Liebig zu Berlin.

Der König hat den Bezirksverwaltungsgerichts-Direktor v. Liebermann zu Frankfurt a. O. zum Vize-Präsidenten der Regierung in Münster, und die Gerichts-Ämter Dorchols, Sintermann, Garlipp, Triest und Knappe zu Amtsrichtern ernannt; ferner die Wahl des Landschaftsraths Landrats Coote auf Brusenfelde, zum Direktor des Stargarder Landwirtschaftsdepartements für die Dauer von 6 Jahren, und den seitherigen besoldeten Beigeordneten der Stadt Flensburg, Dannen, der von der dortigen wahlberechtigten Bürgerschaft getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernere weite zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Der Rechtsanwalt Hanow zu Raugard ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin mit Anweisung seines Wohnsitzes in Raugard ernannt worden. Der Oberförster Böllig zu Rehberg ist auf die durch Pensionierung des Oberförsters Majerberg erledigte Oberförsterstelle zu Lingen in der Provinz Hannover versetzt worden. Der Regierungsbaumeister Schauensteiner in Schloßau ist als königlicher Kreisbauinspektor daselbst angestellt worden.

**Politische Uebersicht.**

Posen, 3. Juni.

Wenn die Reichsregierung gehofft haben sollte, dem Sturmlauf der Bündner gegen die Gewerbeordnung durch das Innungsgesetz die Spitze abzubrechen, so wird sie sich durch die Verhandlungen des Magdeburger Allgemeinen Deutschen Handwerkertags, den ja der Regierungspräsident v. Wedell, Oberpräsidialrath Senft v. Pilsach und Polizeipräsident v. Arnim mit ihrer Anwesenheit beeindruckt, von ihrem Irthum überzeugt haben. Mit 252 gegen 54 Stimmen hat die Versammlung eine Resolution angenommen, welche die Einführung von Zwangseinnahmen als Ziel der Bewegung festhält, und die Bildung von Innungen auf Grund des vorjährigen Gesetzes nur in der Hoffnung zulässt, "durch die hierdurch erzielte engere Verbindung die oppositionelle Thätigkeit zu kräftigen und der vorgesetzten Behörde den Beweis zu liefern, daß auf solchem Wege die gewünschten Erfolge nicht erzielt werden können."

Die Kommission für die Unfall- und Krankenversicherung hat gestern die Generaldiskussion nach 3½ stündiger Dauer beendet und wird morgen in die Spezialdebatte eintreten. Aus der zweitägigen Diskussion läßt sich noch kein Urteil darüber fällen, ob die Arbeiten der Kommission auch nur für die Krankenversicherung etwas Positives schaffen werden. Wenn ein Gesetz zu Stande kommt, wird doch ein Schutz der Arbeiter gegen wirtschaftlichen Ruin durch Krankheit bei den geringen Unterstützungen des Entwurfes nicht erreicht werden können. Die Liberalen Redner hielten an dem Prinzip fest, daß eine Ausscheidung der Unfallserkrankungen durch Einführung von Regressansprüchen an die Haftpflichtigen notwendig sei; während die konserватiven Redner nachzuweisen suchten, daß die Beiträge der Arbeitgeber zur Krankenkasse etwaige Mehrbelastung reichlich ausgleichen würden. Der Redner des Zentrums, Schröder-Lippstadt, sprach sich ziemlich unumwunden für die Regierungsvorlage aus und ziemlich scharf gegen die freien Hilfsklassen, deren segensreiche Entwicklung die liberalen Abg. Lasker, Hirsch und Löwe ganz besonders sicher gestellt sehen wollten. — Die vielen Spezialfragen, die schon bei der Generaldiskussion berührt wurden und zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß gaben, zeigten klar, wie unendlich schwierig es sein wird, die Details des scheinbar so einfachen Gesetzes festzustellen, so daß eine baldige Beendigung der Kommissionsarbeiten auch nur auf diesem einen Gebiete nicht zu erwarten ist.

Die Berufung der Reichsbehörde gegen das freisprechende Urteil der Danziger Disziplinar-Kammer in Sachen der wegen ungefährlicher Wahlagituation angestellten Marine-Ingenieure erfreut sich selbstverständlich nicht auf den Ingenieur Wiesinger, dessen Freisprechung der Staatsanwalt selbst beantragt hatte. Die gegen die Angestellten verfügte Amtssuspension ist somit bezüglich des Herrn Wiesinger bereits zurückgenommen worden.

Die Regierung scheint selbst einer Besprechung des bekannten Disziplinarprozesses der Danziger Marine-Ingenieure nicht abgeneigt zu sein. Die subventionirte "Westpr. Ztg.", das Organ der Herren, welche mit der Wahlagituation gegen Rickert und für Puttkamer beauftragt waren, schreibt heute in einem Tone, der den Ursprung des Artikels nicht verleugnet: Eine

Diskussion dieser Angelegenheit im Reichstag kann der Regierung nur genehm sein, denn sie muß zur Beseitigung der unhaltbaren Zustände, von denen der vorliegende Fall ein klares Beispiel ist, zur gesetzlichen Regelung der Pflichten führen, welche die Beamten gegen ihre Regierung bei den Wahlen haben." Das konservative Blatt sieht nämlich in diesem Prozeß den besten Beweis der "Hilflosigkeit der Regierung", von welcher Minister v. Puttkamer am 15. Dezember v. J. im Reichstage gesprochen, und spricht seine Entfernung darüber aus, daß die Regierung nicht einmal wagen solle, gegen solche Beamte eine Untersuchung einzuleiten, ohne darüber zur Rede gestellt zu werden. — Das Verlangen nach einem Gesetz, welches die "Pflichten" der Beamten bei den Wahlen in dem Sinne "regelt", wie der Oberingenieur Dede sie gegenüber den Arbeitern der Danziger Werft erfüllt, ist sehr belehrend über die in gewissen Kreisen herrschenden Anschaungen. Die "der Regierung genehme" Diskussion wird sicher von großem Interesse sein.

In einer Korrespondenz der "Nord. Allg. Ztg." aus dem Regierungsbezirk Trier wird darüber gefragt, daß früher zur Zeit des Kulturkampfes, die liberalen Blätter oft "rücksichtslose Neuheuerungen" gebracht, welche die Gefühle der Katholiken verletzt hätten. Möchte nicht die "N. A. Ztg." ihrem Korrespondenten Einsicht in ihre älteren Jahrgänge verschaffen? Derselbe würde daraus ersehen, daß zur Zeit des Kulturkampfes kein Blatt in Deutschland das "Kulturpauken" mit solchem Eifer und mit solcher Gehässigkeit betrieb, wie die "Norddeutsche". Alles Schlimme, was jemals in der ganzen Welt gegen den Papst und dessen Anhänger gesagt worden war, wurde auf der (damals weit größeren) ersten Seite der "N. A. Ztg." sorgfältig zusammengetragen, wie dies heute gegen die Liberalen und "Manchester Männer" geschieht. Und was in dem Blatte Original, war regelmäßig mit weit mehr Gift und Galle ausgestattet, als das Erborte. Die "Fraktion Kullmann", das "Bündnis der schwarzen und der rothen Internationale" und das der "Unterröde und Soutanen" sind z. B. den Spalten der "N. A. Ztg." entsprungen.

Wie man der "N. A. Ztg." aus dem Wahlkreise Meissen mittheilt, gehen die Konservativen mit sehr trüben Erwartungen in die am 9. d. M. bevorstehende Stichwahl zwischen ihrem Kandidaten Schickert und dem Fortschrittmann Kämpffer; ja sie geben den Wahlkreis fast schon verloren. Die Entscheidung steht wesentlich bei den Sozialdemokraten und bei diesen ist die Stellung zu der Verlängerung des Sozialistengesetzes, die im nächsten Jahre vorgeschlagen werden wird, ausschlaggebend. Auch hat unter den Sozialdemokraten die Verhaftung Bevels neuerdings wieder viel böses Blut gemacht.

Anlässlich des Kongresses czechischer Ärzte in Prag wurde auch eine Ausstellung veranstaltet, welche Beweis geben sollte von den Fortschritten der czechischen medizinischen Literatur in den letzten Jahren. Über dieselbe berichtet die "N. Fr. Pr." Folgendes:

Da diese Ausstellung begreiflicherweise sehr sparsam ausgespielt wäre, so wurde die Einrichtung getroffen, daß ein jedes der zur Ausstellung gelangten Werke in 10, 12 und auch mehr Exemplaren vorhanden sein sollte, um die Ausstellungstische wenigstens räumlich zu füllen. Auf Ausstellungstische prangten unter Anderem auch die Bildnisse Kotianšky's und Skoda's. Was den Ersteren betrifft, so hatten die Antragneure wohl die energische Ablehnung vergeben, welche seinerzeit die Stadt Königgrätz gab, als sie zur offiziellen Beteiligung an der Kotianšky-Feier in Wien eingeladen wurde. Kotianšky ist ein Berrather, von dem wir nichts wissen wollen", hiess es damals. Nun, den Tod säubt alle Verbrechen, und so haben denn die Czechen "ihrem" Kotianšky post festum auch seine "Veräthberei" verziehen und den großen deutschen Gelehrten in Gnaden unter ihre Halbgötter aufgenommen. Auf Skoda dagegen haben sie selbst bei dessen Lebzeiten nicht Vericht geleistet, und die Sammlung von Autographen berühmter czechischer Mediziner, welche sie diesmal mit ausstellten, enthält auch einen kostbaren Beitrag aus Skoda's Hand. Derselbe aber ist in deutscher Sprache verfaßt und lautet wörtlich: "Öffliche Redaktion des Narod!" Seit einigen Tagen erhalte ich Ihr Blatt zugesendet, ohne dasselbe verlangt zu haben. Da ich den "Narod" nicht zu halten gedenke, bitte ich mich mit weiteren Zusendungen zu verschonen. Dr. Skoda." Und dieses Autograph haben die czechischen Ärzte öffentlich ausge stellt, um durch dasselbe den Nachweis zu liefern, daß Skoda ein Czech war!

Die Czechen sind eben daran, auch in der hohen Prälatur ihre Eroberungen zu machen. Während früher der Kardinal Schwarzenberg der einzige czechisch gesinnte Kirchenfürst in Böhmen war, gibt es heute keinen Deutschen unter dem böhmisch-mährischen Episkopat mehr und zu allerleit sind in diesen Tagen noch die Bischöfe Stühle von Brünn und Leitmeritz, der eine mit einem Konvertiten, dem Kreuzherren-General Dr. Schöbel, der andere mit einem Gesinnungszechen deutschen Namens, Franz Bauer, bis jetzt Seminar-Direktor in Prag, besetzt worden. Wie die Beamtenhierarchie, so ist auch die geistliche in Cisleithanien völlig für das Versöhnungssystem gewonnen; selbst der Erzbischof von Wien, der deutsche Benediktiner Ganglbauer, hat sich dieser Richtung angeschlossen.

Aus Neapel wird über Straßentumulte und Reibereien zwischen Klerikalen und Liberalen berichtet. Dieselben sind nicht sehr bedeutend gewesen, gleichwohl herrscht ihretwegen ziemlich lebhafte Erregung in Neapel. Am Sonntag Vormittag um elf Uhr hatten sich auf der Piazza Cavour fünfzig bis sechzig Personen versammelt, die mit dem Ruf: "Es lebe der König! Es lebe die Religion!" durch die Straßen zogen. Auf dem Toledo stellten sich ihnen Polizisten entgegen und forderten sie in ernstlichem Tone auf, ihre Demonstrationen einzustellen. Die Mehrzahl der Demonstranten gehörte. Einige aber fuhren fort, ihre "Eviva's" auf König und Religion auszubringen. Diese klerikale Kundgebung veranlaßte eine Gegendemonstration des "circolo repubblicano". Mitglieder dieses republikanischen "circolo" sind hauptsächlich radikale Studenten, und bei den Reibereien hat einer derselben einen Dolchstich bekommen, der übrigens nicht tödlich sein soll. Die Polizei ist sehr thätig, und die Truppen waren in den Kasernen konzentriert, ohne daß es indeß bei Abgang dieses Berichts nothwendig gewesen wäre, sie einschreiten zu lassen.

Das in Neapel erscheinende Blatt "Noma" erklärt die durch die gesamte europäische Presse gegangene Nachricht, nach welcher augenblicklich Verhandlungen — und zwar mit Unterstützung des Wiener Hofes — zwischen der Krone Italien und dem ehemaligen König von Neapel wegen Herausgabe des sonnenbeschienenen Vermögens des letzteren im Gange seien, für ungünstig. Das Dementi hat insofern Eingang für sich, als bei der gegenwärtigen Stimmung der italienischen Kammer es nicht sehr wahrscheinlich sein würde, daß ein solcher Plan, wenn anders der König Humbert ihn begen sollte, die Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaft finden würde. Garibaldi protestiert übrigens bereits in einem Briefe, den er gelegentlich der 22-jährigen Wiederkehr des Tages, an dem er an der Spitze der "Tausend" in Sizilien landete, an die Stadt Palermo gerichtet hat, gegen den Gedanken einer solchen Herausgabe.

Der päpstliche Nuntius Zacki in Paris hat aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung nachgesucht und der Papst dieselbe, wie verlangt, bewilligt. Die päpstliche Nuntiatur wird bis zur Ernennung des Nachfolgers des französischen Nuntius Desprez unbefestigt bleiben.

Graf Wimpffen wird erst gegen Ende Juni in Paris auf seinem neuen Botschaftsposen eintreffen.

Der Polizeipräf. Camescasse ist entlassen.

"Napoléon", Organ des Prinzen Jérôme, ist aus der Welt verschwunden. Der Prinz richtete in der letzten Nummer noch folgendes Schreiben an den Direktor des Blattes:

"In dem Moment, in welchem der "Napoléon" sein Erscheinen unterbricht, wünsche ich Ihnen zu bezeugen, daß die durch das Blatt vertheidigte Politik stets mit den wahren Napoleoniden-Doctrinen übereinstimmt, die ich heute vertrete und die mein Sohn in der Zukunft vertreten wird, ungeachtet aller gehässigen und verhassten Appelle an die schlechtesten Gefühle. Genehmigen Sie z. Napoléon (Jérôme)."

Der Bonapartismus ist in allen seinen Formen abgethan.

Die "Morning Post" hat Ursache, anzunehmen, daß Gladstone sich mit einem neuen Plane zur Regelung der irischen Schwierigkeiten trage, der darauf hin auslaufe, den vier Provinzen Irlands lokale Selbstverwaltung in der Gestalt von Provinzialräthen zu gewähren. Das Tory-Organ äußert sich sehr abfällig über eine solche Reformmaßregel, die, wie es glaubt, die Loslösung Irlands von dem Mutterlande nur beschleunigen würde.

Einem dem Parlamente unterbreiteten amtlichen Ausweise zufolge wurden in Irland im Monate April 519 Pächterfamilien, bestehend aus 2734 Personen ermittelt. Die meisten Ermittlungen fanden in der Grafschaft Connaught, die wenigsten in Leinster statt.

Wie die "Londoner Allgemeine Korrespondenz" vernimmt, hat der Kaiser von Russland beschlossen, eine Reihe von Reformen einzuführen. Zu diesem Zweck ist ein Ausschuss unter dem Präsidium des Generals Kochow ernannt worden, welcher Erhebungen über die Zweckmäßigkeit, das System lokaler Einrichtungen zu entwickeln, anstellen soll, während zwei weitere Ausschüsse niedergesetzt werden sollen, von denen einer die Frage betrifft, der Zentraleinrichtungen erwägen und der andere den dem Volke an der Verwaltung des Landes zu gewährenden Anteil feststellen wird. Loriș-Melikow ist an die Spitze dieser drei Ausschüsse gestellt; die Präsidenten der zwei letztgenannten Ausschüsse sind noch nicht ernannt worden.

Die Stellung Ignatjew's ist, wie der "Kölner Ztg." aus Petersburg gemeldet wird, durch seine Misserfolge in der Judenfrage, durch eine unglückliche Intrigue gegen Katlow, die zu Ignatjew's Ungunsten ausschlug, und nach Ablehnung der von Ignatjew vorgeschlagenen Einberufung der Semskoje Sebranje durch den Reichsrath unhalbbar geworden. Letztere Vorlage war nur ein Manöver, um einen Grund zum Rücktritt zu haben. Jetzt ist es immerhin möglich, daß Ignatjew's Rolle ausgespielt sei; denn die Genehmigung seines Entlassungsgesuches ist nach dem Vorgefallenen nicht so unwahrscheinlich, wie dies bei früheren Anlässen der Fall war.

Während in Russland der Drang zur Auswanderung nach Osten unter den Bauern nicht nur in einigen Gouvernementen von Zentral-Russland, sondern auch im Süden

und Südosten in einem Maße zugenommen hat, daß die Regierung sich endlich veranlaßt gefunden, eine besondere Kommission zur Regelung der Auswanderung zu bilden und den Auswanderern, welche sich nach dem Amur und nach Unter-Ussuri wenden wollen, eine nicht unbedeutende Unterstützung zu bewilligen, sehen wir im Südwesten des Landes — in Wolhynien — eine entgegengesetzte Erscheinung. In Wolhynien nimmt nämlich die Einwanderung aus Polen und Österreich mit jedem Jahre zu. Die meisten adeligen Güter in Wolhynien, die seit dem Jahre 1863 zum Theil in die Hände von Beamten übergegangen, zum Theil von Juden gepachtet worden, sind gänzlich ruiniert, der Grund und Boden im Vergleich zu den Preisen in Polen und Österreich spottbillig geworden. Dies hat Polen und Deutsche aus Österreich veranlaßt, sich hier anzufeuern oder unter günstigen Bedingungen Land zu pachten. In Polen haben sich Gesellschaften gebildet, welche in Gemeinschaft ganze Güter gekauft. Die polnischen Kolonisten haben mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als die deutschen; erstere sind gezwungen, das Gesetz zu umgehen, welches jedem Polen verbietet, mehr als 30 Hektaren (33 Hektaren) Grundeigentum zu besitzen. Die Regierung hat geglaubt, durch ein solches Gesetz das russische Element in der Provinz zu sichern; tatsächlich aber gewinnt das fremde mit jedem Jahre mehr die Oberhand.

Der Petersburger „Regierungs-Anzeiger“ bringt den Text der Konvention, betreffend die russisch-persische Grenze östlich vom Kaspiisee, welche zwischen den beiderseitigen Regierungen am 9. Dezember v. J. abgeschlossen und am 28. Februar d. J. vom Kaiser unterzeichnet worden ist.

Nach einer der „Pol. Korr.“ aus Galatz vom 28. v. M. zugehenden Mitteilung ist die europäische Donau-Kommission in ihrer Sitzung am 27. v. M. in die Diskussion der Anträge Barrère's eingetreten und hat die letzteren mit allen Stimmen gegen jene des rumänischen Delegirten angenommen. Der bulgarische Delegirte stellte einige Amendements, die ohne Unterstützung blieben. Der rumänische Delegirte erklärte sich bereit, eine Kommission der Uferstaaten, verstärkt durch zwei Delegirte der europäischen Kommission, jedoch mit Wegfall jeder bevorzugten Stellung Österreich-Ungarns anzunehmen. Der Schluß der Session ist bevorstehend. Das Ergebnis soll, soviel in Delegirtenkreisen verlautet, einer Konferenz der Signatarmäkte des Berliner Vertrages vorgelegt werden, welche konform der von ihren Delegirten in der europäischen Kommission angenommenen Haltung die Reglements nach den französischen Anträgen sanktionieren werden.

Die 50 Ergänzungswahlen für die serbische Skupština sind nicht so ausgefallen, wie die Regierungspartei erwartete. Dieselbe hat nur fünf Sitze gewonnen und der radikalen und reaktionären Opposition fehlt eine einzige Stimme, um im Falle einer abermals beabsichtigten Sezession die Skupština beschlußfähig zu machen. Die Fortschrittpartei hält die „Putsch“, das heißt den Tag und Tag die Radikalen und ihren Anhang im Lande unterschätzt, und diese gefährliche Missachtung des Gegners steigerte sich noch mehr anlässlich der Rundreise des Königs Milan, der überall so enthusiastisch empfangen wurde. Am 21. Juni tritt die Skupština zusammen, um das Budget, den neuen Eisenbahn-Vertrag und die Änderung der Verfassung zu berathen.

Ein Telegramm des „Bolgarin“ meldet aus Sophia, daß General Skobjew dem Ministerpräsidenten angezeigt, er werde mit dem neuernannten bulgarischen Kriegsminister, General Raubars, nach Bulgarien kommen. „Bolgarin“ bemerkt, diese Nachricht werde „jedes bulgarische Herz erfreuen“.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben endlich ihr Anti-Chinesen-Gesetz. Der wesentliche Unterschied zwischen dieser und der früher mit Veto belegten Bill ist gering, er liegt eigentlich nur in der Verkürzung der Periode des Experiments. Es wird bekanntlich darin bestimmt, daß die Suspension der unbeschränkten Chinesen-Einwanderung oder Einfuhr nur 10 Jahre dauern soll, anstatt zwanzig, wie die frühere Bill bestimmte. An Stelle des Pass-Systems, welches die frühere Bill einführen wollte, ist die Bestimmung getreten, daß jedem Chinesen, der bereits hier sich befindet oder noch kommen wird, ein Identitäts-Zertifikat ausgestellt werden soll — ein anderer Name für eine und dieselbe Sache, denn welchen Zweck haben solche Zertifikate, wenn sie nicht auf Verlangen vorgezeigt werden müssen. Chinesische Arbeiter, ob bloße Handlanger oder in einem bestimmten Zweige ausgebildete Handwerker, dürfen nicht einwandern; die Naturalisation aller Chinesen ist ausdrücklich verboten. Strafbestimmungen sind gegen die Kapitäne von Schiffen getroffen, welche unerlaubter Weise Chinesen an diese Gefäße bringen und gegen alle Personen, welche die erwähnten Zertifikate fälschen, ändern oder missbrauchen. Es herrscht die Ansicht, daß die Bill, wie sie jetzt Gesetz geworden, kein Vertragsrecht Chinas verletzt, und das ist am Ende die Lösung der Haupfrage. Wie es mit der Ausführung des Gesetzes gehen wird, muß sich in kurzer Zeit erkennen lassen. Deshalb ist es jedenfalls, denn gegen die Chinesen-Einwanderung vom Lande her, von den britischen Besitzungen in Amerika, oder von Mexiko aus sind keine Bestimmungen getroffen. Auch gibt es eine Menge Chinesen in China, die britische Untertanen sind, was soll mit diesen geschehen, wenn sie in die Vereinigten Staaten einwandern wollen?

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 2. Juni. [Die Versicherungsgesetze. Das Tabakmonopol.] Die ersten Sitzungen der Kommission für die beiden Versicherungsgesetze haben, wie voraussehen war, weder über das sachliche Schicksal derselben, noch über die Form ihrer Erledigung und die damit zusammenhängende Dauer der Session Aufschluß gebracht. Diejenige Form der etwaigen Weiterberathung der Kommission, während das Ple-

nium nicht versammelt wäre, welche von Anfang an mehr Aussicht hatte, als die Windthorst'schen Permanent-Kommissionen, die Vertagung der Session anstatt ihres Schlusses unter der Voraussetzung, daß die sozialpolitische Kommission im Herbst einige Wochen vor dem Plenum ihre Arbeiten wieder aufnehmen würde, ist noch keineswegs von der Hand gewiesen. Die Zurückhaltung der Regierung in dieser geschäftlichen Frage beruht auf dem Wunsche, daß die Kommission zunächst so arbeiten möchte, als müßte sie die beiden Entwürfe noch während der Sommeression an das Plenum bringen und als müßte dieses sie noch in derselben erledigen; zu dem Verzicht hierauf, so sagt man sich allem Anschein nach in der Regierung, sei später noch immer Zeit. Indes trotz der gestrigen Erinnerung des Staatssekretärs von Böttcher daran, daß im Jahre 1879 bei der Berathung des neuen Zolltarifs der Reichstag bis in den Juli gesessen habe, glaubt nach wie vor Niemand an die Erledigung der beiden Gesetze in der Sommeression. Der Vergleich ist auch insofern unzutreffend, als vor drei Jahren zur Erledigung des Zolltarifs nichts weiter erforderlich war, als die Entschlossenheit der Majorität, so lange der Sommerhitze zu trocken, bis die sämmtlichen Positionen, zu deren Annahme man von Anfang an entschlossen war, durchgesetzt waren. Der Wille, zusammenzubleiben, würde auch diesmal nicht fehlen, wenn die Aufgabe so einfach wäre, wie damals. Aber schon die bisherigen zwei Kommissionsitzungen haben ergeben, daß die inneren Schwierigkeiten der Aufgabe äußerst schwer, wenn überhaupt auf Grund der vorliegenden Entwürfe, zu überwinden sind. Bis jetzt haben namentlich die Vertreter der Regierung nichts gethan, um die ihnen obliegende Aufgabe zu lösen, zwischen den Vorschlägen der Entwürfe und den Bedenken derjenigen Kommissions-Mitglieder, welche eine Verständigung zu fördern bereit sind, eine Ausgleichung herbeizuführen. Da man nicht annehmen kann, daß sie keine wünschen, daß sie etwa das Ziel verfolgen, entweder eine der „Mit- und Nachwelt“ imponirende ureigene Leistung der Regierung durchzusetzen oder ein Scheitern herbeizuführen, dessen Verantwortung der Opposition zuzuschreiben wäre, so muß auch in der Zurückhaltung der Regierungsvertreter ein Beweis der Schwierigkeit erblidt werden, auf der Basis der Entwürfe etwas zu Stande zu bringen, sobald man sie nicht im Wesentlichen einnimmt. Es ist übrigens, beiläufig bemerkt, unrichtig, daß von liberaler Seite in der Kommission dem Gegenentwurf des Abg. Lohren Beifall gezollt worden wäre; dieser Entwurf geht ausschließlich von Rücksichten des Unternehmer-Interesses und der Unternehmer-Macht aus. — Wenn man eine Bestätigung der Auffassung wünscht, daß Fürst Bismarck das Tabakmonopol-Projekt für jetzt fallen läßt, so kann man sie in der melancholischen Betrachtung finden, welche der bekannte Mitarbeiter der Wiener „Polit. Korresp.“ in der heute eingetroffenen Nummer derselben über das Scheitern des „letzten Ideals“ anstellt. Sind diese berliner Briefe in dem Wiener Rendezvous aller europäischen Oberoffizieren auch fast niemals von Bedeutung für die aktuelle Politik, so gehen sie doch notorisch von einem Schriftsteller aus, welchem ein Mißerfolg des Fürsten Bismarck wie eine Abweichung von der Weltordnung erscheint, und darum ist das Eingeständnis dieses Mißerfolges wohl ein Beweis, daß er definitiv ist.

Auf dem Abgeordnetentage des deutschen Kriegerbundes, der augenblicklich in Gotha tagt, sind über 1200 Vereine mit 102.000 Mitgliedern durch 70 Abgeordnete aus allen Gauen Deutschlands vertreten. Derstellvertretende Vorsitzende des Bundes, Herr Buro, machte die Mitteilung, daß vom Kaiser dem Bunde die Rechte einer juristischen Person verliehen worden seien; hierdurch sei für den Bunde ein sehr werthvoller Fortschritt errungen. Sodann gelangte der Geschäftsbericht für 1881 zum Vortrag. Derselbe enthält folgende Daten: Nach Auskunft von 20 Vereinen mit 1983 Mitgliedern zählte der Bunde am Schlusse des Geschäftsjahres 1402 Vereine mit 106.514 Mitgliedern und 23 Einzelmitglieder, gegen das Vorjahr ein Zuwachs von 1226 Vereinen mit 94.938 Personen und 19 Einzelmitgliedern. Die Einnahme des Bundes beziffert sich auf 17.165,86 Mk., die Ausgabe auf 17.234,75 Mk. Unterstützungen wurden aus der Bundeskasse gewährt an 319 Vereinen in 446 Fällen mit 7769 Mk. Aus der Stiftung zum Gedächtnis an das siebzigjährige Dienstjubiläum des Kaisers Wilhelm wurden an 46 Vereine in 49 Fällen 403 Mark als Unterstützungen ausgezahlt. Aus der Kaiser Wilhelm und Kaiserin Augusta-Goldene-Hochzeit-Stiftung wurde an 104 Vereine in 146 Fällen 2180 Mark an Unterstützungen ausgezahlt. Die aus allen drei Klassen gewährten Unterstützungen beifassen sich zusammen auf 10.352 Mk. Nunmehr folgt der Bericht des Bundesvorstandes über den gegenwärtigen Standpunkt der Vereinigungsfraue und über den eventuellen Eintritt in den zu bildenden deutschen Kriegerverband. Es wurde hervorgehoben, daß die betreffenden Bemühungen leider nicht den Erfolg gehabt hätten, den man vorausgesagt habe. Die ganze Bewegung befindet sich in einem von anderer Seite künstlich hervorgerufenen frankhaften Zustande, der bestätigt werden müsse. Namentlich ständen die Vereine Bayerns und Sachsen einer Vereinigung schroff entgegen. Dies sei sehr zu bedauern, doch dürfe man nicht alle Hoffnung aufgeben, einen einzigen großen Verband schaffen zu können, der dann unter das Protektorat des deutschen Kaisers gestellt werden könne. An diesen Bericht schloß sich eine sehr lange und eingehende Debatte, in deren Verlauf vielfache Anträge gestellt wurden. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der dahin geht, daß der Bundesvorstand neben der auf eigene Kraftigung gerichteten Thätigkeit die Einigungsbestrebungen mit aller Kraft fortführen und auf Grund der eisenacher Beschlüsse immer weiter arbeiten solle. Zum Ort des nächsten Abgeordnetentages wurde Görlitz bestimmt. Die bisherigen Mitglieder des Bundesvorstandes und des Rechnungsausschusses wurden auf weitere zwei Jahre wieder gewählt.

Wien, 31. Mai. [Die czechische Wissenschaft] feierte auf dem Prager Pfingstkongress der czechisch-polnischen Naturforscher und Aerzte Triumph, welche nicht ermangeln werden, den Humor der Deutschen herauszufordern. Zwar gab der Präsident des Kongresses, der auch von den deutschen Naturforschertagen bekannte Professor Eiselt zu, daß die Czechen bei den Deutschen in die Schule gehen müssten, aber er sprach doch die Hoffnung aus, daß die slawische Wissenschaft sich nunmehr mit Hilfe der czechischen Universität auf eigene Füße stellen und zu ungeahnter Bedeutung entwickeln werde. Selbstverständlich, daß Rieger diese Zuversichttheilte, für welche etwas verhängnisvoll scheint, daß slawische Lehrbücher im Laufe dieses Sommers noch in flie-

gender Eile von Leuten beschafft werden müssen, denen nicht einmal ein czechischer Verleger patriotisches Vertrauen schenkt, um für ihre Leistungen das Risiko zu übernehmen. Die czechischen Blätter verkünden gar mit dem bekannten Sanguinismus, daß die slawische Sprache (welche?) sich künftig als ein unentbehrliches Hilfsmittel zu solider wissenschaftlicher Forschung erweise und daß sie demgemäß auch alle Chancen haben werde, eine Weltsprache zu werden; fatal ist nur, daß schon die Czechen und Polen einander nicht verstehen, sondern hierzu erst eines Studiums ihrer gegenseitigen Idiome bedürfen. Es fehlte denn auch in Prag wieder nicht an komischen Missverständnissen. Das gestiegerte Bedeutungsbewußtsein der Czechen sollte übrigens die Anhänger der sogenannten deutschen Volkspartei belehren, wie wenig man auf slawischer Seite, wo die Macht heute ist, nach ihrem Verjährungs-Programm fragt.

Wien, 31. Mai. [Die Vorgänge in Brody] veranlaßten den Statthalter Grafen Potocki, die Regierung besonders auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Graf Potocki betonte die Notwendigkeit staatlicher Fürsorge, da die Auswanderung Dimensionen angenommen hat, für welche die Privatunterstützung nicht mehr ausreicht. Von Vorstellungen in Petersburg verichtet sich die Regierung keinen Erfolg, da Ignatow bereits wiederholt auf Rekriminationen erklärte, alles zum Schutz der Juden Nötige veranlaßt zu haben, und daher die Panik der Juden unbegreiflich finde. Uebrigens freie es Österreich frei, durch einen Kordon den Zugang zu hindern. Graf Potocki war bestimmt, der Regierung den vollen Ernst der Lage darzustellen. Es finden in Folge dessen im Ministerium des Außen und im Schoße der österreichischen Regierung diesfalls Berathungen statt.

Warschau, 30. Mai. [Russische Feldübungen] An den diesjährigen Feldübungen der russischen Truppen während des Sommers werden im Bereiche der neuen europäischen Militärdistrikte 653 Bataillone Infanterie, 322 Eskadronen Kavallerie und 267 Batterien, also 81, 90 und 83 Prozent der gegenwärtigen Gesamtstärke der betreffenden Waffengattungen teilnehmen. Von der Gesamtzahl der zur Feldübung berufenen Truppen entfallen die größten Kontingente auf die zwei westlichen Militärdistrikte, nämlich Warschau (144 Bataillone, 86 Eskadronen und 47 Batterien) und Wilna (121 Bataillone, 51 Eskadronen und 54 Batterien). Außerdem werden in Bialystok und Skierowice spezielle Kavallerie-Feldübungen mit bedeutender Truppenzahl abgehalten werden. Auf die übrigen sieben Militärdistrikte des europäischen Russland entfallen folgende Trupp-Abteilungen: Petersburg 69 Bataillone, 38 Eskadronen und 37 Batterien; Finnland: 9 Bataillone, 2 Eskadronen und 3 Batterien; Kiew 70 Bataillone, 36 Eskadronen und 23 Batterien; Odessa: 68 Bataillone, 37 Eskadronen, und 28 Batterien; Charkow: 49 Bataillone, 36 Eskadronen und 28 Batterien; Moskau: 97 Bataillone, 36 Eskadronen und 25 Batterien; Rjasan: 26 Bataillone und 12 Batterien.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 3. Juni.

d. In Betreff einer Kreis- und Provinzialordnung für die Provinz Posen bringt der Krakauer „Gaz“ ein Schreiben des früheren Minister Dr. Friedenthal an den Oberpräsidenten v. Günther, in welchem die Anschauungen der preußischen Regierung in dieser Angelegenheit enthalten sind. Sowohl „Dziennik“, wie „Kurier Poznań“ drucken das umfangreiche Schreiben wörtlich ab, und letzteres Organ knüpft an dasselbe folgende Bemerkungen: Es werden in dem Schreiben Mittel und Wege gesucht, einen derartigen Wahlmodus ausfindig zu machen, daß die Polen sowohl in den Kreistagen, wie vornehmlich im Provinzial-Landtag in der Minderheit bleiben, damit dem deutschen Element in jedem Falle in diesen Körperschaften das Übergewicht gesichert werde. Wie das klug angelegte Wahlmodus in einigen Kreisen zum Siege der Deutschen bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus beitrage, so solle die Wahlmethode, die Anordnung des Verhältnisses zwischen den einzelnen Gruppen der Städte, der kleineren und größeren ländlichen Besitzer das Übergewicht der deutschen Nationalität erleichtern und es ermöglichen, mindestens eine Majorität von zehn Stimmen im Provinzial-Landtag zu erhalten. Auf Grundlage der genauesten Zählungen und Zusammenstellungen aus jedem Kreise habe man die verschiedenen Reihenproben gemacht und das Schlussresultat zusammengezählt, und da dieses sich nicht als ausreichend gezeigt hat, werde dem Herrn Oberpräsidenten empfohlen, noch andere Mittel und Wege ausfindig zu machen u. s. w. Der dritte Abschnitt in dem Schreiben beschäftigt sich nämlich mit der Frage: „ob nicht ein neues System gefunden werden könne, welches in Betreff der Herbeiführung einer deutschen Majorität vortheilhaftere Resultate verspreche“. Aus dem Schreiben ist zu entnehmen, daß die Kreise Bomi, Birnbaum, Meserits, Oboński, Graustadt, Bromberg, Chodschen, Gjornau, Inowrazlaw, Mogilno, Schubin, Wirsitz als solche betrachtet werden, in welchen unzweifelhaft die Deutschen die Majorität haben; als ungewiß werden die Kreise Schubin und Wirsitz angegeben; als solche, in denen die Polen die Majorität haben, die Kreise Adelnau, Kosien, Kratoschin, Pleschen, Posen, Samter, Schilberg, Schrimm, Schröda, Wreschen, Gnesen, Wągrowitz. Es würde dies also ergeben: 12 Kreistage mit deutscher, 12 mit polnischer, 2 mit zweifelhafter Majorität. Wir bemerken hierbei, daß unter dem Schreiben kein Datum enthalten ist, so daß man nicht weiß, in welcher Zeit es verfaßt ist.

r. Auf dem Centralbahnhof sind behufs Beförderung des Passagiergepäcks und der Postpäckchen über den Übergang durch die Anhaltische Maschinenfabrik zu Berlin 6 hydraulische Aufzüge eingerichtet worden, welche in nächster Zeit in Betrieb gesetzt werden sollen. Zwei dieser Aufzüge befinden sich im Empfangsgebäude der Oberlehrschlesischen Eisenbahn, zwei auf dem Trotscheperron der Posen-Kreuzbürger Bahn, zwei auf dem Perron der Märkisch-Posen Bahn. Jeder Aufzug besteht aus einem ca. 20 Fuß tiefen, in einem gemauerten Brunnen liegenden Zylinder, in welchem sich ein Kolben wasserdrückt bewegt, und aus der Plattform, welche sich über dem Kolben befindet. Dritt Wagen mit bedeutendem Drucke in den Zylinder ein, so wird der Kolben, welcher ca. 10 Zoll Durchmesser hat, und mit ihm die Plattform samt dem auf derselben befindlichen Gepäckwagen emporgetrieben; wird dagegen das Gepäck aus dem Zylinder herausgelassen, so sinkt der Kolben und mit ihm die Plattform ic. herab. Das zur Füllung des Zylinders erforderliche Wasser fließt durch ein Druckrohr aus einem eisernen Bassin, welches sich auf dem Bodenraume über dem Souterrain befindet, herab. Das Bassin, welches ca. 12 Kubikmeter Inhalt hat, wird theils durch die städtische Wasserleitung, theils durch eine im Souterrain befindliche Pumpe, die durch einen Otto'schen Gasmotor in Bewegung gesetzt wird, stets gefüllt erhalten. In der nördlichen Hälfte des Überganges, welche zur Beförderung der Gepäcke bestimmt ist, befinden sich zwei Geleise, von denen das nördliche für die Postpäckchen, das südlische für das Passagiergepäck bestimmt ist; ebenso befördern die drei nördlichen Fahrtröhre die Postpäckchen, die drei südlischen das Passagiergepäck. Die Päckchen und Gepäckstücke werden in eigens dazu gebaute kleine Packwagen mit 3 eisernen Rädern geladen; diese Wagen gelangen dann

auf die Plattform des betreffenden Fahrstuhls, und auf diesem zum Uebergange empor; mittelst einer auf der Plattform befindlichen Drehleiter wird hierauf dem Wagen eine andere Richtung gegeben und derselbe vom Fahrstuhl auf den Uebergang zwischen den Schienen bis zu demjenigen Fahrstuhl geschoben, mittelst dessen er hinabbefördert werden soll.

**1. Selbstword.** Ein früherer hiesiger Destillateur von der Wallischei, welcher seit einiger Zeit tiefseining gewesen war, stürzte sich gestern Abends von der Wallisbrücke in die Warthe und ertrank.

## Telegraphische Nachrichten.

**Berlin,** 2. Juni. Die Nachricht, daß die Panzerfregatten „Kaiser“ und „Deutschland“, die Korvette „Bismarck“ und die in Wilhelmshaven liegenden Panzerkanonenboote in die erste Reserve gestellt werden, sowie daß die Torpedoboote in Bereitschaft gesetzt werden sollen, ist unrichtig.

**Karlsruhe,** 2. Juni. Der päpstliche Hausprälat Spolverini ist aus Darmstadt heute hier eingetroffen.

**Straßburg i. S.**, 2. Juni. Der Statthalter v. Manteuffel hat sich zu mehrwöchentlichem Kurgebrauch nach Karlsbad begaben.

**West,** 1. Juni. Das Oberhaus hat nach einer mit Beifall aufgenommenen Rede des Ministerpräsidenten Tisza den Pazifikationskredit bewilligt.

**Rom,** 1. Juni. In einem weiteren Schreiben an die „Riforma“ hält Crispi das Dementi, welches er der von dem „Voltaire“ über die Unterredung zwischen ihm und einem Korrespondenten dieses Blattes in Luzern veröffentlichten Version bereits gegeben hat, mit Entschiedenheit aufrecht.

**London,** 1. Juni. (Ausführlichere Meldung.) [Unterhau s.] Unterstaatssekretär Dilke erklärt:

Frankreich schlug vor, die Großmächte und die Pforte einzuladen, in eine Konferenz zu willigen, die die Lage Egypts diskutirt. England gab seine Einwilligung zu der Konferenz, die in Konstantinopel zusammengetreten soll. Die Basis für die Beratungen ist: Aufrechterhaltung der Rechte des Souveräns und des Khedive, sowie der internationalen Engagements und der unter diesen bestehenden Arrangements; Wahrung der durch Firmane des Sultans gesicherten Freiheiten, zusammen mit einer weisen Entwicklung der egyptischen Institutionen und Entscheidung über die zur Herstellung der Ordnung nötigen Maßregeln. Die Regierung glaubt, daß die Konferenz keine Verzögerung verursachen, sondern das schnellste Mittel zur Herstellung der Ordnung sein werde. Zum Schutz des Suez-Kanals seien Maßregeln ergriffen; ein englisches und ein französisches Kriegsschiff seien an jedem Endpunkte stationirt. England habe beim Sultan angeregt, daß es wünschenswert sei, die türkische Flagge in den egyptischen Gewässern zu haben und daß ein türkisches Kriegsschiff einen türkischen Kommissär nach Egypten bringe. Der Schriftwechsel bis zum 7. Januar werde heute vorgelegt und die Regierung werde sofort bei Frankreich anfragen, ob dieses in die Vorlegung des Schriftwechsels bis heute willige. Die seiner Zeit abgegebene Erklärung völligen Einvernehmens mit Frankreich sei damals vollkommen korrekt gewesen; seitdem seien Umstände eingetreten, die, wie aus den vorzulegenden Schriftstücken hervorgehe, obwohl Englands Ansichten sich in keiner Weise geändert, einen Einfluß anderer Orts gehabt haben dürften; heute aber habe die Regierung von dem Minister Frencinet die Versicherung empfangen, daß die Ansichten der französischen Regierung mit denjenigen übereinstimmen, mit denen wir die Konferenz beschildern. Gladstone hält es für das Beste, in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten die zu ergreifenden Maßregeln zu erwägen, die gemeinsame Ausgabe Englands und Frankreichs die Initiative für die Vorschläge auf der Konferenz. Jetzt sei eine Mitteilung darüber unthunlich. Die Konferenz verübt jenen Verzug, weil vom Orte der Zusammenkunft die vom Sultan zu ergreifenden Maßregeln ausgehen müßten. Der Hauptzweck der nach Egypten gesandten Kriegsschiffe sei der Schutz von Personen und Eigentum; es seien keine Truppen gelandet und sei auch deren Landung unwahrscheinlich, wenn nicht eine unmittelbare Gefahr vorhanden sei. Eine Landung könnte die politische Situation verwirren; wenn dieselbe aber zum Schutz von Personen nothwendig, werde dieselbe erfolgen. In-Betreff der Stellung des Khedive besaß ein Telegramm, daß Arabi Bey die Mäste gänzlich abgeworfen habe und von der vorliegenden Absetzung des Khedive ausgehend, werde er wahrscheinlich Halim Pascha als Khedive proklamiren. Aber die Regierung erachtet sich verpflichtet, den jetzigen Khedive zu unterstützen. Die europäische Einigung — er sage europäische, um sie von einer türkischen zu unterscheiden — würde, heißt es, den Fanatismus des Volkes ansachen, diequelle sei daher nur nach reislicher Erwägung thunlich. Gladstone glaubt, die Person des Khedive sei nicht in Gefahr.

Auf eine Anfrage Labouchère's antwortet Dilke, der Gerüchte von einer direkten oder indirekten Unterstützung Arabi's durch die Pforte sei in den Konsularberichten Erwähnung geschehen; daraus sei aber nicht zu schließen, daß diese Gerüchte korrekt seien.

Das Haus setzte hierauf die Einzelberathung der irischen Zwangsbill fort.

**London,** 1. Juni. [Oberhaus.] Auf eine Anfrage Salisbury's bezüglich Egypts antwortete Lord Granville, der Zustand daselbst sei ein sehr bedenklicher ungeachtet der Entschlossenheit und des Muthe des Khedive. Arabi Bey sei de facto Herrscher. Die Mächte hätten dem Sultan den Rath gegeben, den Khedive zu unterstützen und die Anklagen der Minister gegen denselben zurückzuwerfen, sowie die drei an der Spitze der militärischen Bewegung stehenden Offiziere nach Konstantinopel zu berufen. Dieser Rath sei nicht nur von Frankreich, sondern ausdrücklich auch von allen anderen Mächten unterstützt worden. Salisbury kritisiert diese Erklärung und bemerkt, was auch immer die Entscheidung der Konferenz bringen werde, die Ehre der Regierung sei darauf verpfändet, daß Arabi Bey aus Egypten entfernt und seine Kollegen in das Innere des Landes verbannt werden.

**London,** 2. Juni. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ gemeldet wird, soll Österreich auf die Einladung Frankreichs zu der Konferenz in Konstantinopel erwirkt haben, daß es geneigt sei, die Einladung anzunehmen, sich aber, bevor es definitiv antworte, mit den übrigen Mächten benehmen müsse.

**London,** 2. Juni. [Unterhau s.] In Beantwortung mehrerer Anfragen theilt Dilke mit, Arabi Pascha habe noch keine weiteren Schritte behufs Absetzung des Khedive gethan, auch die formelle Anzeige von der Annahme der vorgeschlagenen Konferenz sei noch nicht eingetroffen, aber man dürfe mit gutem Grund die Annahme derselben erwarten, da sämtliche hiesige

Vertreter des Auslandes und ihre Regierungen sich günstig über das Projekt geäußert hätten. Dilke bestätigt ferner, daß in Alexandrien Erdwerke aufgeworfen werden, und sagt, die Regierung stehe wegen dieser Angelegenheit mit dem Admiral Seymour in Kommunikation, sie werde aber Weiteres darüber weder heute noch auch die nächste Woche mittheilen können. Das Haus setzte darauf die Einzelberathung der irischen Zwangsbill fort.

**Petersburg,** 2. Juni. Der „Regierungsanzeiger“ publiziert einen kaiserlichen Ukas, durch welchen das westsibirische Generalgouvernement aufgehoben und die Bildung eines Steppe-gouvernements, welches die Gebiete von Altai, Semipalatinsk und Semirechtschinsk umfaßt, angeordnet wird.

**Moskau,** 1. Juni. Heute Nachmittag 1½ Uhr hat die Gründung der Ausstellung stattgefunden, derselben wohnten der Großfürst Wladimir, der Herzog von Leuchtenberg, der Kriegsminister und der Minister des Innern bei. Der Metropolit Makary hielt die Liturgie ab, worauf der Generalgouverneur Fürst Dolgorukow die Gründungs- und Begrüßungsansprache an den Großfürsten Wladimir hielt. Das Orchester unter der Leitung Rubinstein's spielte eine eigens hierzu komponierte Festouverture. Der darauf folgenden Besichtigung der Ausstellung schloß sich ein Dejeuner an, bei welchem ein Toast auf den Kaiser ausgebracht wurde.

**Bukarest,** 2. Juni. Der „Romanul“ meldet aus der Donaukommission, der rumänische Delegirte habe das Recht jedes Ueberstaates, Funktionäre zu ernennen, betont und verlangt, daß zur Überwachung der Ausführung des Reglements ein Inspector von der europäischen Kommission in Galatz ernannt werde. Das genannte Blatt will wissen, der Vorschlag Barrère's sei von allen Mächten außer Rumänien angenommen worden.

**Belgrad,** 2. Juni. Die auf heute anberaumt gewesene Wiedereröffnung der Skupstichta wird erst am Montag erfolgen.

**Washington,** 1. Juni. Die Schulden der Vereinigten Staaten hat im vergangenen Monat um 10,370,000 Doll. abgenommen. Im Staats-

schatz befanden sich ult. Mai 242,100,000 Doll.

**Rom,** 3. Juni. Garibaldi ist gestern Abend um 6½ Uhr auf Caprera gestorben.

Berantwortlicher Redakteur: P. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anmerkungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
2. Nachr.	762,2	NW mäßig	halbheiter <sup>1)</sup>	+16,5
2. Abends.	763,1	NW mäßig	wolkenlos	+11,5
3. Morgs.	763,6	NW schwach	wolkenlos	+ 9,2
		1) Regenhöhe: 8,8 mm.		
Am 2. Wärme-Maximum +20°1 Cels.				
= = Wärme-Minimum + 7°0				

### Wetterbericht vom 2. Juni, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Nullaghmore	762	OSD	bedeckt	12
Aberdeen	770	S	4 wolkenlos	14
Christiansund	767	SW	2 bedeckt	9
Kopenhagen	769	NW	2 heiter	15
Stockholm	768	R	2 wolkenlos	12
Haparanda	766	S	2 wolkenlos	10
Petersburg	—	R		
Moskau	752	R		
Cort, Queenst.	761	OSD	6 Regen <sup>1)</sup>	11
Brest	758	OSD	1 bedeckt <sup>2)</sup>	15
Helgoland	769	OD	2 halb bedeckt	13
Sylt	770	OD	1 heiter	14
Hamburg	770	OD	1 halb bedeckt	14
Swinemünde	770	R	1 wolkenlos <sup>3)</sup>	13
Neufahrwasser	767	R	3 heiter	12
Memel	764	RNW	4 heiter	12
Paris	—			
Münster	769	OD	1 wolkenlos <sup>4)</sup>	12
Karlsruhe	767	OD	3 heiter	16
Wiesbaden	767	OD	2 wolkenlos <sup>5)</sup>	14
München	768	OD	3 wolkenlos	14
Leipzig	770	RNW	2 wolkenlos	14
Berlin	769	RNW	2 halb bedeckt	13
Wien	767	NW	3 wolkenlos	13
Breslau	768	RW	2 halb bedeckt	12
Ne d'Ax	—			
Riga	—			
Triest	765	OD	1 bedeckt	22

<sup>1)</sup> Seegang mäßig. <sup>2)</sup> Seegang leicht. <sup>3)</sup> Nachts starker Thau. <sup>4)</sup> Abends Moorrauch. <sup>5)</sup> Drac.

**Skala für die Windstärke:**  
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = trist. 6 = stark, 7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

**Anmerkung:** Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

**Übersicht der Witterung.**

Bei Annäherung einer Depression westlich von Frankreich, welche im Süden der britischen Inseln starke bis sturmische östliche Winde, mit Regenwetter bedingt, hat sich das Luftdruckmaximum ostwärts über die Nordsee verlegt. Bei leichter nordwestlicher bis nordöstlicher Luftbewegung ist über Zentral-Europa das Wetter trocken, heiter, vielfach wolkenlos und, außer im Osten, fast überall wärmer. Thorn hatte um Mittag Gewitter mit starkem Hagel.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.
Bogen, am 2. Juni Morgens 0,76 Meter.
— 2. = Mittags 0,76 =
— 3. = Morgens 0,76 =

**Telegraphische Börsenberichte.**  
Fonds-Course.  
Frankfurt a. M., 2. Juni. (Schluß-Course.) Fest.

Lond. Wechsel 20,437. Pariser do. 81,27. Wiener do. 170,87. R.-R.  
St.-A. — Rheinische do. — Hess. Budweisb. 105. R.-M.-Pr. Anth.  
128. Reichsbank 102. Reichsbank 149. Darmstb. 161. Meiningen  
95. Ostf. ung. Bl. 698,00. Kreditaktien 282. Silberrente 65.  
Papierrente 65. Goldrente 80. Ung. Goldrente 75. 1860er Loos  
122. 1864er Loos —. Ung. Staats. 226,40. do. Ostf.-Ost. II.  
94. Böhm. Westbahn 264. Elisabethb. —. Nordwestbahn 177.  
Galizier 269. Franzosen 281. Lombarden 123. Italiener 90.  
1877er Russen 85. 1880er Russen 69. II. Orientali. 56. Zentr.  
Pacific 113. Diskonto-Kommandit —. III. Orientali. 57. Wiener  
Bankverein 99. ungarische Papierrente —. Buschthierader —.  
Oberschlesie —.

öpros. österr. Papierrente 78. Dur-Bodenbacher —. National-  
bank für Deutschland —. Egypter 71. Schweizer Centralbahn —.  
Gotthardbahn —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 278. Franzosen 279. Ga-  
zizier 269. Lombarden 123. II. Orientali. —. III. Orientali. —.  
österr. Goldrente —. Egypter —.

**Wien,** 2. Juni. (Schluß-Course.) Fest. Bankpapiere vernach-  
lässigt, Renten behauptet, Bahnen lebhaft, Elbthal und Lombarden  
steigend.

Papierrente 76,35 Silberrente 77,10. Oester. Goldrente 94,25.  
6-proz. ungarische Goldrente 119,70. 4-proz. ung. Goldrente 88,20.  
5-proz. ung. Papierrente 86,10. 1864er Loos 119,70. 1860er Loos  
130,20. 1864er Loos 170,20. Kreditloose 176,20. Ungar. Prämien.  
117,70 Kreditaktien 330,50. Franzosen 329,25. Lombarden 145,25.  
Galizier 315,25. Kasch.-Oderb. 149,00. Bardubitzer 149,70. Nordwest-  
bahn 207,50. Elisabethbahn 210,50. Nordbahn 271,00. Oesterreich-  
bahn —. Türk. Loos —. Unionbank 123,00. Angl. Austr. 122,75.  
Wiener Bankverein 115,25. Ungar. Kredit 324,00.

Deutsche Blätter 58,50. Londoner Wechsel 119,70. Pariser do. 47,57.  
Amsterdam do. 99,15. Napoleons 9,50. Dukaten 5,65. Silber  
100,00. Marknoten 58,50. Russische Banknoten 1,20. Lemberg-  
Czernowitz —. Kronpr.-Rudolf 168,50. Franz.-Josef —

## Produkten-Börse.

Berlin, 2. Juni. Wind: O.R. Wetter: Schön. Die Tendenz der verschiedenen Artikel entbehrte heute der Einheitlichkeit, hier war sie fest, da matt, dort sogar flau. Loto-Wagen vernachlässigt. Termine befindeten ziemlich feste Haltung; nahe Lieferung war in Deckung begehrt, weil etwa der vierte Theil des gesamten Lagers an einen sächsischen Müller per Zum gesucht wurde. Die späteren Termine erfreuten sich ziemlich reger Kauflust, weil der große Export für diese Sichten unserner Märkte sehr billig erscheinen läßt.

Loto-Wagen gingen zu wenig veränderten Preisen nicht viel um. Termine setzten mit etwa gestrigen Schluskursen ein, ermittelten aber im weiteren Verlaufe durch Realisationen, welche am meisten wieder den Werth der nächsten Sichten äffirten. Von Juli-August auf Herbst zahlte man heute schon einen kleinen Report.

Loto-Häfer flau. Termine gut behauptet. Roggen mehr wenig verändert. Mais in effektiver Ware und Terminen preishaltend. Rübbel in näher Lieferung für Deckungszwecke begehr, mußte erheblich theurer bezahlt werden, während Herbst zu unverändertem Kurse sehr wenig gehandelt wurde.

Petroleum fester. Spiritus flaut unter dem Eindruck einer umfangreichen, stark Realisationen erzeugenden Rundigung, besonders in naher Sicht, und schloß auch nicht weniger als fest.

Weizen per 1000 Kilo loto 200—228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmelde. — bezahlt, defetter polnischer — M. ab Bahn per Juni 212—213—213 M. bez., per Juni-Juli 207—208—208 M. bez., per Juli-August 200—201—200 M. bez., per August-September 20,00—19,95 bezahlt, per August-September — bezahlt, per September-Oktober 196—197 M. bezahlt. — Gefündigt 15,000 Tr. Regulierungspreis 213 M. —

Berlin, 2. Juni. Die Börse eröffnete den heutigen Verkehr zwar mit etwas niedrigeren Notirungen, zeigte indes doch von Anfang an eine ziemlich seife Physiognomie. Die von den auswärtigen Plätzen gemeldeten Coursnotirungen waren auch nicht geeignet, der Spekulation eine Anregung zu bieten und so blieben denn die Umsätze im großen und ganzen eng begrenzt. — Die egyptische Frage wird im allgemeinen ruhiger beurtheilt, doch ist das Stadium, in welcher sie sich gegenwärtig befindet, keineswegs derart, um nach allen Richtungen die daran gefüllten Besorgnisse verscheuchen zu können und die Zurückhaltung, die sich die Spekulation an den verschiedenen europäischen Börsen auferlegt, entbehrt der Berechtigung nicht. Der Umfang des Verkehrs war meist sehr beschränkt. Von den internatio-

nalen Spekulationspapieren haben österreichische Kredit-Aktien einen nicht unbedeutenden Rückgang erfahren. Auch Franzosen waren billiger erblich, dagegen erhöhten Lombarden auf die günstige Einnahme der letzten Woche die Notiz und wurden auch ziemlich lebhaft umgelebt. Ferner bewegten sich Galiziens und Österreichische Nordwestbahn steigend. Von einheimischen Eisenbahn-Aktien waren Freiburger sehr beliebt und zeigen nicht unbedeutend im Course an. Die höhere Notiz lockte überhaupt nicht soviel Material an den Markt wie gebraucht wurde, auch für Marienburger und Ostpreußen zeigte sich im ganzen Kauflust, doch können dieselben nur wenig belangreiche Coursveränderungen verzeichnen. Bankaktien waren sehr still, doch konnten die überhaupt beliebteren Devisen kleinere Erhöhungen durch-

Eisenbahn-Aktien.

Sachsen-Anhalt	104,90	bz	116,00	G	51,60	bzG	
Badische Bank	110,5	bz	32,50	bz	221,50	G	
Blf. Rheini. u. West.	100	bz	85,00	bzG	125,90	bz	
Blf. Spritzen-Pr.	5	113,75	G	111,25	bzG	151,70	bz
Berl. Handels-Ges.	110	bz	200,75	G	16,75	bzG	
Bo. Kassen-Berlin	100	bz	91,75	bzB	35,90	G	
Breslauer Dist.-Bl.	100	bz	do	do	365,25	B	
Centralbl. f. Z.	100	bz	do	do	106,20	bz	
Coburger Credit-B.	100	bz	85,50	G	20,40	B	
Cöln. Wechselbank	100	bz	96,90	bz	100,00	B	
Dansker Privat.	100	bz	110,00	B	37,70	bzG	
Darmstädter Bank	100	bz	160,50	bz	do	do	
Do. Zettelsbank	100	bz	108,75	G	29,00	B	
Desauer Credit.	100	bz	100,00	G	248,25	bz	
Do. Landesbank	100	bz	119,75	G	188,40	bz	
Deutsche Bank	100	bz	153,70	bz	85,20	bzB	
Do. Genossensch.	100	bz	12,00	bz	180,25	bz	
Hyp. Bank	100	bz	90,10	bzG	18,60	G	
Do. Reichsbank.	100	bz	149,75	bzB	102,75	bzG	
Disconto-Komm.	100	bz	207,90	bz	213,80	bzB	
Geraer Bank	100	bz	98,00	bzG	101,75	bz	
Do. Handelsb.	100	bz	93,00	bzG	114,90	bz	
Gothaer Privatb.	100	bz	120,00	bzG	204,80	G	
Gründfredb.	100	bz	87,75	bz	105,75	bz	
Hypothe (Hübner)	100	bz	92,25	bz	50,10	G	
Königsl. Vereinsb.	100	bz	100,60	bz	do	do	
Leiniger Credit.	100	bz	112,00	bzG	do	do	
Do. Discontob.	100	bz	116,25	bz	144,60	bz	
Magdebr. Privatb.	100	bz	94,00	G	132,25	bzG	
Medlb. Bodencred.	100	bz	95,50	bzG	91,30	bzG	
Reining. Creditb.	100	bz	91,30	bzG	146,00	bzG	
Do. Hypothofer	100	bz	94,00	bzG	90,00	G	
Norddeutsche Bank	100	bz	169,10	G	82,75	bz	
Nordd. Grundredit	100	bz	52,50	bzG	135,50	bz	
Do. Kredit	100	bz	91,10	bz	63,10	bzG	
Peterbr. Intern. Bl.	100	bz	79,25	G	12,50	B	
Posen-Landwirtsch.	100	bz	122,00	G	351,50	bz	
Posener Spritzenb.	100	bz	69,75	bzG	402,50	G	
Do. Bodenredit	100	bz	111,30	bzG	64,25	bzG	
Do. Centralbdn.	100	bz	123,80	bzG	72,00	bz	
Do. Hyp.-Spielb.	100	bz	79,25	G	60,25	bzG	
Do. Prod. Handelsb.	100	bz	75,50	G	do. do.	do.	
Sächsische Bank	100	bz	122,75	G	100,80	G	
Schweinfurter Bank	100	bz	85,40	bzG	130,75	bz	
Schles. Bank	100	bz	108,50	G	59,80	G	
Stüdd. Bodenredit	100	bz	135,75	bzG	52,00	bzG	
Stuttg. Landwirtsch.	100	bz	49,90	bz	do. do.	do.	
Stuttg. Renten	100	bz	73,75	B	100,80	G	
Stuttg. Renten	100	bz	80,50	bzB	100,80	G	
Stuttg. Renten	100	bz	65,00	bzG	100,80	G	
Stuttg. Renten	100	bz	65,75	bz	100,80	G	
Stuttg. Renten	100	bz	250	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1858	100	bz	333,80	G	100,80	G	
Do. St. v. 1860	100	bz	122,25	bzG	100,80	G	
Do. St. v. 1864	100	bz	325,50	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1870	100	bz	102,40	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1871	100	bz	84,60	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1872	100	bz	84,60	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1875	100	bz	187,5	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1880	100	bz	226,00	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1884	100	bz	89,90	B	100,80	G	
Do. St. v. 1886	100	bz	139,40	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1888	100	bz	185,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1890	100	bz	79,90	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1892	100	bz	79,90	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1894	100	bz	80,00	bzG	100,80	G	
Do. St. v. 1896	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1898	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1900	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1902	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1904	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1906	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1908	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1910	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1912	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1914	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1916	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1918	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1920	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1922	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1924	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1926	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1928	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1930	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1932	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1934	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1936	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1938	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1940	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1942	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1944	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1946	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1948	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1950	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1952	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1954	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1956	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do. St. v. 1958	100	bz	55,20	bz	100,80	G	
Do.							